Entwurf (Stand 24.07.2020)

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen

dem Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat – nachfolgend "Kreis" genannt –, und

den kreisangehörigen Städten Erkrath, Haan, Hilden, Langenfeld,
Mettmann, Monheim am Rhein, Ratingen und Velbert, jeweils vertreten durch
die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister – nachfolgend "Städte" genannt –,
zur Gründung und zum Betrieb einer Feuerwehrschule für die Ausbildung der
Laufbahngruppe 1.2 (ehem. mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst) des feuerwehrtechnischen Dienstes

Präambel

Aufgrund des Personalbedarfs bei den Feuerwehren der Städte und der eingeschränkten Möglichkeiten, planmäßig zu besetzende Ausbildungsplätze bei den bestehenden Feuerwehrschulen im Land Nordrhein-Westfalen zu belegen, sind sich Kreis und Städte – auch im Interesse einer einheitlichen, auf die örtlichen Erfordernisse zugeschnittenen Ausbildung – einig, auf der Grundlage des § 4 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) eine qualitativ hochwertige Ausbildung für die Laufbahn des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 1 des feuerwehrtechnischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen für ihre Brandmeisteranwärterinnen und -anwärter in einer überörtlichen Einrichtung des Kreises sicherzustellen.

§ 1 – Zweck des öffentlichen Vertrags

Der Kreis gründet und betreibt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Feuerwehrschule in Mettmann am Standort der neu errichteten Kreisleitstelle "Adalbert-Bach-Platz 3", in eigener Trägerschaft als eigene Einrichtung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage.

Die Feuerwehrschule erbringt für die Städte die in der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des zweiten Einstiegsamts der Laufbahngruppe 1 des feuerwehrtechnischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen (VAP1.2-Feu) vorgesehenen Leistungen

zur Vorbereitung der Anwartschaft auf die berufsqualifizierende Laufbahnprüfung und deren Abnahme. Die Sicherstellung der Wachpraktika erfolgt durch die Städte selbst.

Soweit dies möglich und wirtschaftlich ist, greift der Kreis auf vorhandene Ressourcen und Strukturen der Städte gegen Kostenerstattung und nach Absprache zurück. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Atemschutz- und Schlauchwerkstatt sowie den Fahrerlaubniserwerb. Bei erforderlichen Sachmitteln erfragt der Kreis zunächst bei den Städten, ob geeignetes gebrauchtes Material zur Verfügung gestellt werden kann. Die Städte fördern im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Ausbildungsbetrieb, in dem sie geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur nebenamtlichen Tätigkeit an der Feuerwehrschule motivieren. Sie sind berechtigt, Personal auf eigene Kosten an die Feuerwehrschule abzuordnen, welches im Rahmen des Aufstiegs in die Laufbahngruppe 2.1 gem. § 13 ("B-IV-Lehrgang") oder gem. § 14 ("beschränkt prüfungsfrei") der Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen (LVOFeu) u. a. drei Monate an einer Feuerwehrschule ableisten muss.

Jede Stadt besitzt bis zu einer maximalen Lehrgangsstärke von 32 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein generelles Belegungsrecht je Lehrgang. Die Städte sind verpflichtet, ihre Brandmeisteranwärterinnen und Brandmeisteranwärter im jeweils vorgeplanten Umfang (zur Umsetzung der Brandschutzbedarfsplanung) an der Feuerwehrschule ausbilden zu lassen. Können im jeweiligen Jahrgang nicht ausreichend Ausbildungsplätze von der Feuerwehrschule angeboten werden, sind die Städte berechtigt, ihren jeweiligen Ausbildungsüberhang anderweitig zu decken. Die Feuerwehrschule stellt auf der Grundlage des § 32 Abs. 4 BHKG freie Lehrgangsplätze gegen Gebühr Dritten zur Verfügung.

Der Leistungsumfang der Schule ist der Anlage 1 zu entnehmen.

§ 2 - Bezeichnung

Die Feuerwehrschule des Kreises Mettmann führt die Bezeichnung:

"Kreisfeuerwehrschule Mettmann".

§ 3 - Personal

Zur Gründung und zum Betrieb der Kreisfeuerwehrschule Mettmann stellt der Kreis Mettmann drei Beamte der Laufbahngruppe 2.1/1.2 (ehem. gehobener bzw. mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst) sowie erforderliche Verwaltungskräfte ein. Zu besetzen sind im Beamtenbereich

eine Schulleitungsstelle, deren Stellvertretung und die Stelle eines hauptamtlichen Ausbilders. Sonstige Lehrkräfte werden auf Honorarbasis tätig. Der Landrat des Kreises Mettmann ist Dienstvorgesetzter des Personals der Kreisfeuerwehrschule Mettmann.

Der Schulleiter stellt den Schulbetrieb sicher. Insbesondere ist er verantwortlich für die Koordinierung aller Ausbildungsmaßnahmen, den Personaleinsatz und die Haushaltsmittel. Er bereitet die Sitzungen und die Beschlüsse des Ausbildungsbeirates vor und nach.

§ 4 – Ausbildungsgebühren

Die Kosten der Kreisfeuerwehrschule Mettmann werden im Rahmen von Benutzungsgebühren (§ 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - KAG NRW -) refinanziert. Der Kreis Mettmann erlässt die Gebührensatzung im Einvernehmen mit den Städten und auf Grundlage der Bestimmungen dieser Vereinbarung (§ 5). Das Einvernehmen gilt als hergestellt, wenn mindestens ¾ der Städte der Gebührensatzung bzw. etwaigen Änderungssatzungen sowie den darin festgelegten Gebührensätzen zustimmen. Für alle Städte, die der Gebührensatzung oder den Gebührensätzen nicht zustimmen, besteht das Recht, den Vertrag vorzeitig mit einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen, frühestens jedoch zum 31.12.2025.

Zu den Kosten der Kreisfeuerwehrschule Mettmann gehören im Wesentlichen:

- 1. Personal- und Sachkosten für den Betrieb und die Unterhaltung
- 2. Bestandsveränderungen von Rückstellungen für Pensionen/Zusatzversorgungen
- Kosten zur Abgeltung von Leistungen anderer Dienststellen und Einrichtungen der Städte inklusive die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ermittelnden anteiligen Kosten für die Verwaltungssteuerung und -leitung sowie der allgemeinen Verwaltung
- 4. Abschreibungen für das gesamte betriebsnotwendige Anlagevermögen einschließlich der notwendigen Ersatz- und Neubeschaffungen. Der Abschreibungssatz für die Vermögensbestände richtet sich nach der mutmaßlichen Lebensdauer.

Die voraussichtlichen Kosten für die 18monatige Ausbildung und deren Kalkulation ergeben sich aus der Anlage 2.

Die Kosten der Kreisfeuerwehrschule sind ausschließlich über die Gebühren zu finanzieren.

§ 5 - Kostenverteilung

Die Städte, die Auszubildende in die Feuerwehrschule entsenden (d. h. derzeit alle kreisangehörigen Städte mit Ausnahme der Städte Heiligenhaus und Wülfrath, nachfolgend: teilnehmende Städte), zahlen im Voraus einen jährlichen Grundbetrag, der sich nach dem Verhältnis der amtlichen Einwohnerzahlen (maßgeblich sind hierbei die Zahlen des Landesbetriebes IT.NRW zum jeweiligen Abrechnungszeitpunkt) bestimmt. Dieser darf 25 % der jährlich kalkulierten Gesamtkosten in der Summe nicht überschreiten. Der Grundbetrag wird auf von den teilnehmenden Städten zu zahlende Benutzungsgebühren vollständig als Vorausleistung im Sinne des § 6 Abs. 4 KAG angerechnet. Soweit für eine teilnehmende Stadt im jeweiligen Haushaltsjahr keine Benutzungsgebühren entstehen, die den Grundbetrag erreichen oder übersteigen, erfolgt insoweit keine Verrechnung oder Übertragung auf das folgende Haushaltsjahr. Das gilt nur in der Höhe, in der die kalkulierten Gesamtkosten nicht über die Benutzungsgebühren gegenfinanziert sind.

Externe Teilnehmer entrichten die jeweils gültigen Gebühren.

Den Städten wird jährlich bis zum 30.06. ein nach haushalterischen Gesichtspunkten erstellter Betriebsabrechnungsbogen zur Verfügung gestellt. Dieser stellt gemeinsam mit der jährlich vorzunehmenden Kalkulation die Grundlage der vom Kreis vorzunehmenden Bemessung der Gebühr dar, die durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises geprüft wird. Der Kreis strebt dabei an, dass sich die Höhe der Gebühr bzw. des Entgelts für die Ausbildung an der Feuerwehrschule im Rahmen der Gebühren- oder Entgeltbemessungen anderer Feuerwehrschulen im Land Nordrhein-Westfalen bewegt. Die Rechnungsprüfungsämter der Städte sind berechtigt, Einsicht in die Belegführung zu nehmen.

Die Anschubfinanzierung der Kreisfeuerwehrschule Mettmann in Höhe von maximal 950.000 € wird nach Inkrafttreten dieses Vertrages über den Kreishaushalt finanziert.

§ 6 – Ausbildungsbeirat

Kreis, Kreisfeuerwehrschule und die teilnehmenden Städte bilden einen Ausbildungsbeirat. Dem gehören stimmberechtigt an: Für die teilnehmenden Städte jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter, für den Kreis die verantwortliche Dezernentin oder der verantwortliche Dezernent des Kreises für den Bereich Bevölkerungsschutz, die verantwortliche Amtsleitung oder Abteilungsleitung des Kreises für den Bereich Bevölkerungsschutz sowie der Kreisbrandmeister. Kreis und jede der teilnehmenden Städte haben jeweils eine Stimme. Bei Mehrfachbesetzung ist das Stimmrecht einheitlich auszuüben.

Zu Sitzungen des Ausbildungsbeirats lädt die Schulleitung der Kreisfeuerwehrschule mindestens zweimal jährlich und darüber hinaus auf Antrag von mindestens fünf stimmberechtigten Mitgliedern des Ausbildungsbeirats schriftlich ein. Für die Ladungsfrist und die Inhalte der Einladung gelten die Regeln der Geschäftsordnung des Kreistages entsprechend. Den Vorsitz des Ausbildungsbeirats hat die verantwortliche Dezernentin oder der verantwortliche Dezernent des Kreises für den Bereich Bevölkerungsschutz inne. Der Ausbildungsbeirat ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Mit beratender Stimme soll dem Ausbildungsbeirat neben der Schulleitung auch die oder der Vorsitzende des Arbeitskreises Ausbildung des Kreis-Feuerwehrverbandes Mettmann e.V. angehören. Darüber hinaus ist es dem Ausbildungsbeirat möglich, anlassbezogen Fachreferenten zur Beratung hinzuzuziehen.

Der Ausbildungsbeirat soll über Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Kreisfeuerwehrschule Mettmann beraten und Empfehlungen beschließen. Soweit Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen für die Gebührenkalkulation verbunden sind, ist eine qualifizierte Mehrheit von ¾ der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

In diesem Zusammenhang obliegt es dem Ausbildungsbeirat ferner, eine Honorarordnung für das nebenamtlich zu beschäftigende Personal und dessen Tätigkeiten zu erarbeiten.

Der Ausbildungsbeirat soll für den geregelten Schulbetrieb auch an einer sachlich und fachlich geeigneten Ausbildungsordnung mitwirken, die u. a. berücksichtigt, ob und wie evtl. unterjährig durch die Städte noch Lehrgangsteilnehmer nachgemeldet werden können, wie im Falle von Dienstherrenwechsel vorgegangen werden soll und wie Ausbildungsverlängerungen zu berücksichtigen sind.

Empfiehlt der Ausbildungsbeirat die Aufnahme weiterer Gebietskörperschaften, bedarf dies einer qualifizierten Mehrheit von ¾ der stimmberechtigten Mitglieder.

§ 7 - Prüfungsausschuss

Für die Laufbahnprüfung bestimmen gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 1 VAP1.2-Feu die Leitungen der Feuerwehren der teilnehmenden Städte den/die Leiter/Leiterin der Kreisfeuerwehrschule (o. V. i. A.) als Vorsitzende/n des Prüfungsausschusses.

Der/die Vorsitzende des Arbeitskreises Ausbildung des Kreisfeuerwehrverbandes Mettmann wird zur/zum ständigen Ersten Beisitzerin/Beisitzer bestellt. Die zweite Beisitzerfunktionen, nebst zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter, wird vom Vorstand des Kreisfeuerwehrverbandes für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die/der Zweite Beisitzerin/Beisitzer vertritt die/den Ersten Beisitzerin/Beisitzer.

Den Leitungen der Feuerwehren wird gemäß § 12 Abs. 1 Satz 3 VAP1.2-Feu die Möglichkeit geboten, als Beobachterin/Beobachter bei den nichtschriftlichen Prüfungsteilen zugegen zu sein, sofern Lehrgangsteilnehmer/innen ihrer Dienststellen an der Prüfung teilnehmen. Gleiches gilt für Vertreterinnen/Vertreter der Personal- und Betriebsräte sowie für Gleichstellungsbeauftragte.

§ 8 - Dauer der Vereinbarung, Aufnahme und Kündigung

Der öffentlich-rechtliche Vertrag wird für unbestimmte Zeit beschlossen.

Die Städte Heiligenhaus und Wülfrath haben das Recht, dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu Beginn eines Jahres mit einer Antragsfrist von 12 Monaten beizutreten.

Eine ordentliche Kündigung ist erstmals mit einer Frist von einem Jahr zum 31.12.2030 möglich – danach mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des darauffolgenden Jahres. Maßgeblich für die Fristwahrung ist der Eingang der Kündigungserklärung bei allen Vertragspartnern. Mit Zugang der schriftlichen Kündigung wird den anderen Vertragspartnern jeweils das Recht zur Ausübung einer gleichwirksamen Anschlusskündigung für einen Zeitraum von acht Wochen eingeräumt. Im Fall einer Kündigung treten der Kreis und die verbleibenden Städte in Verhandlungen ein, um zu klären, ob und unter welchen gegebenenfalls veränderten Rahmenbedingungen die Feuerwehrschule weiterhin betrieben werden soll.

Im Fall der Auflösung der Feuerwehrschule werden begonnene Ausbildungen zu Ende geführt.

§ 9 - Sonstige Regelungen

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bestehen nicht bzw. bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Abschluss der Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll – vorbehaltlich einer Einigung der Parteien – diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommen, die die Parteien der Vereinbarung mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Entsprechendes gilt für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

§ 10 – Inkrafttreten

Der öffentlich-rechtliche Vertrag tritt nach Unterzeichnung aller Vertragsparteien sofort in Kraft.